



## Deutschland.

Berlin, 2. Dezember. [Amtliches.] Se. Maj. der König hat dem Major a. D. v. Friedrichs, bisher Artillerie-Offizier vom Platz in Thorn, den rothen Adler-Orden dritter Klasse und dem Maschinenvorwerke Wilhelm Haude zu Bergerhausen im Kreise Essen die Rettungs-Medaille am Bande verliehen; und den Kaufmann J. Steenberg in Randers zum Consul deselben ernannt.

Den Kaufleuten Middeldorf und Kromberg zu Rittershausen, Bar-  
men ist unter dem 30. November 1866 ein Patent auf eine Maschine zur  
Auffertigung von Händenköpfen, auf fünf Jahre, ertheilt worden.

Dem Herrn Joseph Marie Ryo-Catteau zu Paris ist unter dem  
28. November 1866 ein Patent auf eine Vorrichtung an Dreilitspulen zur  
Bewirkung der Abwicklung des dreilirten Hadens auf fünf Jahre ertheilt  
worden.

Berlin, 3. Dezbr. [Die Königin.] Wie aus Koblenz, d. n.  
2. Dezember, gemeldet wird, reist Ihre Maj. die Königin am 3. De-  
zember von dort nach Weimar und wird daselbst einige Tage verweilen.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] ist vergangenen Freitag  
Abend von Dessau nach Berlin zurückgekehrt, wohin im Laufe des Ta-  
ges auch Ihre königl. Hoheit die Kronprinzessin mit höchstihren Kindern,  
mit Ausnahme des Prinzen Heinrich, der in Begleitung des Haupt-  
manns von Schötter am Vormittage desselben Tages zu einem längeren  
Aufenthalte am königl. großbritannischen Hofe nach England abge-  
reist ist, übergesiedelt war. Am Morgen des vorgestrigen Tages begab  
sich Se. königl. Hoheit auf den Frankfurter Bahnhof zum Empfang Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Wales, der im kronprinzhlichen Pa-  
lais Wohnung genommen hat. Zu Ehren des hohen Gastes und zur  
Feier des Geburtstages der Prinzessin von Wales fand ebendaselbst am  
Abend desselben Tages eine Soiree statt, der Se. Majestät und die hier  
anwesenden fürstlichen Herrschaften beiwohnten. Unter den Gästen be-  
fanden sich die Herren und Damen der englischen Botschaft, der dänische  
Gesandte Herr von Quaade, der Feldmarschall Graf Wrangel, der Ge-  
heime Rath von Savigny und Frau von Savigny, der Geheime  
Rath von Thile, die Generale Graf Waldersee, von Alvensleben, von  
Stosch und von Kamecke und verschiedene andere hochgestellte Herren  
und Damen.

Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kron-  
prinzessin, sowie Se. königl. Hoheit der Prinz von Wales wohnten  
gestern, Sonntag, Vormittag dem Gottesdienst in der englischen Kapelle  
bei. Um 5 Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften zum Diner  
bei Sr. Majestät dem Könige. Abends um 7 Uhr verließ Se. königl. Hoheit  
der Prinz von Wales Berlin, um sich zunächst nach  
Darmstadt zu begeben, Se. königliche Hoheit der Kronprinz und Ihre  
königliche Hoheit die Kronprinzessin begleiteten Ihren ersauchten Ver-  
wandten auf den Bahnhof. (St.-U.)

[Se. Maj. der König] ertheilte gestern den Deputationen aus  
Göttingen, Stade, Hameln, Dannenberg und dem hannoverschen Un-  
terharze Audienz.

[Die Rückkehr des Kriegsministers v. Roon], zunächst aus  
Wiesbaden, wird heute Abend erwartet.

[Das Staatsministerium] trat gestern Mittag um 1 Uhr in  
einer Sitzung zusammen.

[Der Ministerpräsident Graf Bismarck], welcher am Sonn-  
abend Abend hierher zurückgekehrt ist, hatte gestern Nachmittags im  
auswärtigen Amt eine längere Besprechung mit dem Kronprinzen.

[Die Commission des Abgeordnetenhauses für das Unter-  
richtswesen] hielt heut Vormittag eine Sitzung, um über derselben vorlie-  
genden Petitionen zu berathen. Es hatte sich zu der Sitzung kein Commis-  
sionär der Staats-Regierung eingefunden. Zwei der vorliegenden Petitionen wurden  
wegen mangelnder Beweisführung durch Abstimmung erledigt, darunter  
diejenige eines schlesischen Lehrers, welcher gegenwärtig verpflichtet ist, an den  
Schulen zweier Gemeinden zu unterrichten, und jetzt vor dem Unterricht an  
der einen Gemeindeschule entbunden zu sein wünschte. Eine andere Petition  
war von der Gemeinde Cieczkow im Danziger Regierungsbezirk ausgegan-  
gen und bezeichnete eine andere Eintheilung der Schulabgaben. Die Commission  
beschloß, die Berathung dieser Petition auszusezen, bis ein Regierungs-Com-  
missar der Sitzung beimone und über den vorliegenden Gegenstand genauere  
Ausfertigung ertheilen könne. Ein gleicher Beschluss wurde in Betreff der Petition  
einer Gemeinde aus dem Kreise Heiligenbeil gefasst, welche Beschwerde  
erhob über eine durch Verfassung der Regierung eingeführte Sammlung von  
Kirchenleibern. Die Gemeinde hält das neue Gefangenbuch für dem Urteil der  
Lieger nicht entsprechend und sprach den Wunsch aus, die Lieger nach dem  
Urteil freigehen zu dürfen. (R. A. B.)

[Weber die Plenarberathungen des Abgeordnetenhauses], wie  
sie von dem Präsidenten von Fordenbeck für die laufende Woche anberaumt  
wurden, hören wir, daß am Dienstag und Mittwoch die Plenarberathungen  
des Budgets fortgesetzt werden sollen, am Donnerstag das Dotationsgesetz,  
am Freitag das Gesetz, betreffend die Einführung Schleswig-Holsteins, zur  
Berathung gelangen soll und der Sonnabend wieder mit Berathung des  
Budgets ausgeschafft werden wird. Sr. v. Fordenbeck hofft mit Bestimmtheit,  
daß das Budget bis vor Eintritt der Weihnachtsferien durchzuberathen, so daß es  
noch von dieser Zeit zur Berathung an das Herrenhaus gelangen kann.

[Frhr. v. Ende.] Die aus Breslau gemeldete Nachricht, der  
Polizei-Präsident v. Ende sei als Regierungs-Präsident nach Erfurt ver-  
setzt und werde in Herrn Sieber seinen Nachfolger finden, ist ohne alle  
Begründung; aber die Besetzung der Stelle in Erfurt ist noch gar kein  
Beschluß gefasst, also kann bisher weder von Herrn v. Ende's Berufung  
noch von seiner Erziehung die Rede sein.

[Das preußische Strafgesetzbuch in Frankfurt a. M.  
— Graf Bismarck.] Bekanntlich hatte die „Kreuzzeitung“ vor Kur-  
zem gemeldet, in Frankfurt a. M. solle das preußische Strafgesetzbuch ein-  
geführt werden, und hatten wir dagegen bemerkt, daß sich diese Ein-  
führung nur auf einige, durch die veränderte Verfassung gebotene Be-  
stimmungen derselben beziehe; die „Kreuzzeitung“ aber hält ihre Notiz  
aufrecht. Wir haben uns deshalb näher zu informiren gesucht und  
haben wir als schädliches Folgendes erfahren: Allerdings handelte es  
sich zuerst nur darum, durch gewisse Capitel unseres Strafgesetzbuches  
dortige Mängel zu beseitigen, doch hat man bei näherer Berathung die  
Einführung des ganzen Codex in Frankfurt in Erwägung gezogen. Ob in dieser  
Beziehung schon ein Beschluß, und welcher, gefasst worden, können wir  
noch nicht mittheilen, da wie man hört, dieser Gegenstand erst in der  
gestrigen Ministerberathung vorgekommen ist. Bei dieser Gelegenheit  
wollen wir schon erwähnen, daß diese Berathung im Hotel des Mi-  
nisteriums des Auswärtigen unter Vorsitz des Grafen Bismarck stattge-  
funden, der auch gestern und heute Vortrag beim Könige gehabt, auch  
schon einen Spaziergang im Thiergarten gemacht und also nicht nur  
seine Amtsgeschäfte wieder angetreten hat, sondern auch einer Gesund-  
heit sich erfreut, welche auf Alle, die ihn gesehen, den besten Eindruck  
gemacht.

[Zu der Ausschließung des Grafen v. Westphalen]  
aus dem Herrenhause erfahren wir, daß dieselbe dadurch motivirt wor-

den, der Graf (der bekanntlich erklärt hat, er achtet sich nach den An-  
nexionen nicht länger an den von ihm geleisteten Huldigungseid gebun-  
den) habe die Bedingungen zerstört, ohne welche Niemand Mitglied des  
Landtages sein könnte, und einer der Würde des Hauses nicht entsprechen-  
den Haltung sich schuldig gemacht.

[Der Sechszehnjähriger Ausschuss] der am 9. Dezember  
gleichzeitig mit dem Ausschuss des Abgeordnetentages in Leipzig zusam-  
mentrifft, würde sich, schreibt man der „Trib.“ aus Berlin, wohl schon früher aufgelöst haben, wenn er nicht noch einen ziemlich  
erheblichen Rest von Fonds zu verwalten hätte. Was soll mit diesem  
jetzt geschehen, nachdem die Verhältnisse in Deutschland und Schleswig-  
Holstein so durchweg andere geworden sind? Wie sich hier bei der An-  
wesenheit des Nationalvereins-Ausschusses die Stimmung aussprach,  
findet man nur noch einen einzigen Zweck im Umkreise der sogenannten  
schleswig-holsteinischen Frage hinreichend national und neutral, um in  
Betracht zu kommen, wenn es sich um die Verwendung der 1863 und  
1864 gesammelten Gaben handelt: die Agitation für die Erhaltung des nördlichen Schleswig bei Deutschland — mit gütiger  
Erlaubnis der „König. Zeitung“. Diesem Zwecke wird der restirende  
Fond denn auch wohl gewidmet werden.

[Die umlaufenden Nachrichten über die in Mainz inter-  
nierten Landwehrmänner] des 32. Regiments berichtet die „Berl.  
B.-Z.“ folgendermaßen: Die Radelshörer sind in sechs Wehrmännern  
ermittelt worden, von denen einer zum Tode und die anderen zu  
Festungshaft von verschiedener Dauer verurtheilt sind. Letztere sind zur  
Abfützung derselben bereits nach Wesel gebracht worden, während der  
zum Tode Verurtheilte, der hoffentlich vom Könige begnadigt wird, noch  
in Mainz auf der Citadelle sitzt. Die übrigen Wehrmänner sind wieder  
eingereicht worden und dürfen gegen Weihnachten in die Heimat ent-  
lassen werden.

[Lotterien.] Wie die „K.-Z.“ hört, wird jetzt über den Fort-  
bestand der beiden hannoverschen Landes-Lotterien (Hannover und Osnabrück)  
verhandelt.

[Dementi.] Wie bereits telegr. gemeldet, schreibt die „Nord.  
A. Z.“: Die Nachrichten auswärtiger Blätter, daß Se. Majestät der  
König von Preußen Sr. Heiligkeit dem Papst einen Aufenthalt in  
Preußen angeboten oder gar ein Truppen-Corps zur Verfügung gestellt  
habe, entbehren jeder Begründung. Es sind weder solche Anerbietungen  
von Preußen gemacht noch vom Papst derartige Wünsche aus-  
gesprochen.

[Der Civil-Commissionarius von Frankfurt, Landrat  
v. Madai.] hat seine Abreise verschoben und wohnt heute noch einer  
längeren Conferenz im Ministerium des Innern bei.

[Zum Postwesen.] Einer Verfassung des königl. General-Postamtes  
zufolge wird zum 1. Januar l. J. das Postwesen im Hannoverschen mit dem  
Postwesen in den alten preußischen Landesteilen verschmolzen werden. Ebenso  
sollen nach einem Gerüche Verhandlungen mit einzelnen Regierungen des  
norddeutschen Bundes wegen Übernahme der obersten Leitung der bez. Post-  
verwaltungen durch Preußen stattfinden, mit welchem die Anwesenheit des  
Chefs der Hamburgischen Staatspost, Ober-Postdirektor Schulze, in Berlin in  
Zusammenhang gebracht wird.

[Die Doberaner Spielbank.] Aus Schwerin (Mecklenburg)  
erhält die „B. u. G. Z.“ ein Telegramm, wonach der Landtag  
in der am Sonnabend gehaltenen Sitzung den Vorschlag der groß-  
herzoglichen Regierung wegen Aufhebung der Doberaner Spi-  
elbank mit 26 gegen 6 Stimmen abgelehnt hat. (Natürlich, die  
frümmen Ritter wollen doch ihr Spiel haben.)

[Schwerin, 1. Dezbr. Wahlversammlungen.] Das Regie-  
rungsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung in Betreff der Wahlen  
zum norddeutschen Parlament. Ein besonderer Paragraph regelt das  
Vorfahren, welches für die Vorversammlungen der Wahlberechtigten gelten  
soll, in folgender Weise:

„Die zur Übernahme der Wahl von Abgeordneten berufenen Versammlungen  
der Wähler dürfen sich mit keinem anderen Gegenstande als der Wahl  
beschäftigen. Dagegen wollen wir, um eine Verständigung über die vorzu-  
nehmenden Wahlen zu erleichtern, für den zwischen der Ausschreibung der  
Wahlen und deren Vollziehung liegenden Zeitraum gestatten, daß die Gene-  
hmigung zu öffentlichen Versammlungen von Wahlberechtigten ausnahmsweise  
nicht von unserem Ministerium des Innern, wie es nach unserer Verordnung  
vom 27. Januar 1851 erforderlich sein würde, sondern von den Ortsobrigi-  
keiten erteilt werden, jedoch mit der Beschränkung, daß solche Versammlungen  
nicht unter freiem Himmel und nicht an Sonn- und Festtagen stattfinden,  
auch sich nicht mit sonstigen, der bevorstehenden Wahl fremden politischen  
Zwecken beschäftigen dürfen. Versammlungen, welche diese Schranken nicht  
inne halten, gelten als unerlaubte, und ist nach den bestehenden Gesetzen gegen  
sie einzuschreiten.“

[Chemnitz, 2. Dez. Unglücksfall.] Ein Schrei des Entsetzens  
durchzittert unsere Stadt. Heute Nachmittag belustigten sich auf dem  
Schloßteiche große Scharen Kinder im Alter von 10—14 Jahren  
mit Eisgehen und Schlittschuhfahren. Ein junger Mann von 19 Jahren  
kommt dem Rande zu nahe, bricht ein, wird jedoch glücklich gerettet.  
Die Kinder drängen sich der offenen Stelle zu, um dem Rettungswerke  
zuzusehen. Da auf einmal bricht das Eis unter ihnen und ein Trupp  
von circa 25—30 Kindern stürzt ins Wasser. Bis jetzt sind 10 Tote  
aufgefunden; ich höre, 5 sind im Augenblick, wo ich dies schreibe, ge-  
rettet worden. Wie viel noch vermisst werden, ist zur Zeit nicht genau  
bekannt. Morgen früh werden die Nachforschungen fortgesetzt.

(D. A. Z.)

[Frankfurt a. M., 2. Dezember. Beschlagsnahme.] Das  
„Frank. Journal“ ist 250 Jahre alt geworden und hat gestern seine  
erste Beschlagsnahme in den öffentlichen Localen erlebt! Die Expedition  
ist mit einer weiteren Nachsuchung verschont, dagegen aber auch die  
Redaktion bis heute Mittag in totaler Unwissenheit darüber geblieben,  
was die Veranlassung zu dieser Maßregel, die zugleich die erste in Frankfurt  
unter preußischer Herrschaft ist, gewesen sein mag. Im Publikum vermutet  
man, Herr Lasker sei der böse Mann, der durch seine Angriffe auf den  
Justizminister die Confiscation verschuldet habe. Freymänner glauben da-  
gegen, ein in das Blatt (Hauptblatt Nr. 335) übergegangener Aus-  
zug aus der Kuranda'schen Rede im niederösterreichischen Landtag könne  
der Grund der Beschlagsnahme sein. Wie dem auch sei, hier, wo man  
dergleichen nicht gewohnt ist und die der auswärtigen Politik Preußen  
gegenüber von jeher freundliche Haltung des „Journals“ oft genug  
Mißbilligung gefunden hat, macht die Maßregel ein begreifliches Auf-  
sehen und gab gestern Abend schon zu vielen bitteren Bemerkun-  
gen Stoff. (N. Z.)

[Stuttgart, 1. Dez. Generalsuperintendent von Heil-  
bron, Prälat v. Sigel], Mitglied der Kammer der Abgeordneten  
von 1852 bis 1866, ist gestern gestorben.

## Österreich.

\*\* Wien, 2. Dezember. [Zur Situation.] Mutmaßen Sie  
ja nicht etwa, daß in den Gerüchten über eine bevorstehende Minister-  
krise eine Pause eingetreten sei, weil es mir nachgerade langweilig  
wird, davon zu schreiben — im Gegenteil! Ein so gutmütig-gemüth-  
liches Volkchen sind diese Wiener, daß sie noch immer nicht daran glauben  
wollen, Beust sei Ein Herz und Eine Seele mit dem Grafen Belcredi.  
Die Österreicher haben es ihnen gesagt und die „Wiener Abendpost“ hat  
das Siegel der Bestätigung darauf gedrückt. Graf Goritsky, der  
Statthalter Niederösterreichs, hat unserem Landtage offiziell erklärt, daß  
auch nicht Eine Stimme im Rathe der Krone sich dafür erhöbe, der  
slavisch-ultramontanen Sisierungspolitik ein Ende zu machen; daß vieler-  
mehr alle Minister einverstanden darüber seien, dem deutschen Bürger-  
thum mittels der Gecken und der Jesuiten die constitutionellen Gelüste  
gründlich auszutreiben. Der ganze Beamtenkreis zeigt durch sein Ver-  
nehmen, daß er für seine Zukunft immer noch am besten zu sorgen  
glaubt, wenn er mit dem Grafen Belcredi durch dick und dünn geht.  
So haben die Bureaucraten en masse in Prag für die tschechischen Can-  
didaten gestimmt. So hat Baron Poche, der doch eine feine  
Nase hat und mit gleicher Hingabe dem Badischen und Schmer-  
ling'schen Centralismus wie dem Belcredischen Föderalismus ge-  
dient hat, in Brünn, als Statthalter und Abgeordneter Mährens, für  
den Antrag auf eine Umänderung der Wahlordnung in slavischem Sinne  
gestimmt. Allein der ehrliche Deutsch-Oesterreicher bleibt trotz alledem  
dabei, der „Urteutsche“ und „Protestant“ Beust könne nicht anders, als  
schließlich doch den Staatsminister zu Falle bringen. Jetzt hat das Ge-  
richt die umgekehrte Form angenommen und tritt in der Version auf,  
Baron Beust habe seine Demission angeboten, wenn nicht der Staats-  
minister alle seine Portefeuilles niederlege. Ich meinerseits glaube kein  
Wort davon, und was namentlich die angeblichen Verhandlungen mit  
Schmerling wegen Übernahme des Justizministeriums betrifft, so weiß  
ich, daß kein wahres Wort daran ist. Wenn doch nur diese Deutsch-  
Oesterreicher endlich lernen wollten, sich selbst vertrauen! Wenn irgend  
etwas gegenwärtig in das Ministerium Belcredi-Beust Bresche legt, so  
find es die deutschen Landtage, deren Haltung ihnen zur höchsten Ehre  
gereicht; dann aber wäre es auch höchst wünschenswert, daß der Nach-  
folger des Staatsministers beiden Herren gleichzeitig den Wanderstab in  
die Hand drücken sollte, wie sie ja Arm in Arm einträchtig der Einwan-  
derung der Jesuiten in Oesterreich präsidirt haben. Die Spiegelfechterei  
aber, als ob irgend ein Portefeuillebesitzer uns wie ein Deus ex machina  
retten könne, sollte man doch endlich fahren lassen — zumal man sie, wenn  
man nur die eigene Kraft gebrauchen will — wahrlich nicht nötig  
hat. Der Adressdebatte des niederösterreichischen Landtages braucht kein  
Parlament der Welt sich zu schämen; und ebenso verfassungstreu, wenn  
auch hier und da nicht so energisch, treten die Deutschen auf allen an-  
deren Landtagen auf — namentlich in Linz und Klagenfurt. Nur in  
Prag und Brünn beobachten sie — mit welchem Rechte? — die Opportunitätskaktik, die Forderung um  
Aufhebung der Sisierungspolitik in milde Worte zu kleiden, weil sie für  
eine solche Form die Majorität zu erhalten hoffen. Ich fürchte, sie  
räuschen sich — und werden nur die Gelegenheit versäumen, der Welt  
zu zeigen, daß die Deutsch-Oesterreicher, auch wo sie die Minderheit bilden,  
doch überall von gleicher Entrüstung über die Nationalitätsheze, die man  
gegen sie losgelassen, entflammt sind. Ohne Eindruck bleibt denn auch  
dieser auflackernde Haß nach oben hin nicht. Es ist positiv, daß Herr  
von Majlath, dem todesangst um seine 20.000 fl. Gehalt wird, den  
Bicehofkanzler Grafen Karolyi in aller Hast nach Pest geschickt mit der  
Botschaft, Deak möge um Gotteswillen die sofortige unver-  
änderte Annahme der im Rescripte aufgestellten Bedingungen  
durchsetzen; das Ministerium bedürfe eines großen Erfolges in  
Ungarn, wenn es den konzentrierten Angriffen der deutschen Landtage  
nicht doch erliegen sollte. Daran denkt man nun aber in Pest gar nicht.  
Man wird in aller Gemüthlichkeit bis Mittwoch über die  
Einführung einer Adresscommission berathen und dann mit Annahme der  
Adresse selber die Zeit etwa bis zum 10. verändeln. Die Adresse wird  
den Rechtsboden streng wahren, aber erklären, man werde seiner Zeit  
die Desiderien des Rescriptes thunlichst berücksichtigen. So wird bis  
Weihnachten das Elaborat über die gemeinsamen Angelegenheiten, wohl  
mit theilweiser Bewilligung der Regierungswünsche, welches die  
Fünfzehner-Subcommission entworfen, den großen 67er Ausschuß pas-  
siren — und dann wird man in Wien anfragen, ob  
der Landtag seine Arbeiten einstellen soll oder ob die Krore ein ungar-  
isches Ministerium ernennen will, um die Arbeit des 67er Ausschusses  
vor dem Plenum des Landtages zu verhandeln, der sich auf diese Dis-  
cussion keinesfalls vorher einlassen wird. In dieser vorstötigen Gang-  
art wird Deak sich durch nichts und am wenigstens durch die Aussicht,  
die Altkonservativen los zu werden, führen lassen. Majlath und Sennay  
sind drüber mindestens eben so unpopulär wie bei uns Belcredi, und  
selbst der Schreckshus, daß nach ihnen wieder die bösen Centralisten  
an's Ruder kommen könnten, will nicht mehr recht versangen.

## Italien.

Florenz, 28. Nov. [Zur römischen Frage. — Sonstiges.]  
Begezzi wird, sobald die Vorfragen erledigt sind, nach Rom abgehen.  
Seine Unterhandlungen sind zunächst auf die Ernennung

